

"Gipfel des Stabilitätspaktes" in Luxemburger Wort (17. Dezember 1996)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 17.12.1996, n° 290; 149. Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Gipfel des Stabilitätspaktes", auteur:GeWe , p. 3.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/gipfel_des_stabilitatspaktes_in_luxemburger_wort_17_dezember_1996-de-af372f45-c92e-4275-bf63-30c178b8c59e.html

Publication date: 20/12/2013

Gipfel des Stabilitätspaktes

Das Dubliner EU-Treffen wird als der Gipfel, auf dem der Stabilitätspakt zur Europäischen Währungsunion (EWU) geschlossen wurde, in die europäischen Annalen eingehen. Mit dem „Pakt zu Stabilität und Wachstum“ soll sichergestellt werden, daß die neue Währung „Euro“, in die nach 1999 beispielsweise in Luxemburg bereits Überweisungen, Zahlungskarten und Schecks umgestellt werden, bevor zum 1. Januar 2002 auch die in Frankfurt und Dublin am vergangenen Freitag gleichzeitig vorgestellten neuen Euro-Banknoten in Umlauf gebracht werden, keine Weichwährung, sondern ein grundsolides Zahlungsmittel sein wird. Der Schmied des Paktes war bezeichnenderweise der Regierungschef desjenigen Landes, das sich als erstes für die Währungsunion qualifiziert hat, Jean-Claude Juncker.

Gerade der luxemburgische Premier, der in der irischen Hauptstadt als „ehrlicher Makler“ zwischen den beiden Wirtschafts- und Währungsgiganten Deutschland und Frankreich auftrat, mußte daran interessiert sein, daß der Euro zumindest so stark wie der belgisch/luxemburgische Franken sein wird. Der Bonner Finanzminister Theo Waigel hatte mit seiner Forderung nach automatischen Strafen für ein Land, das sich mit mehr als drei Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt verschuldet, im Vorfeld eine hohe Hürde errichtet, denn je höher die Verschuldung, umso weicher die Währung.

Die zu überspringende Latte wurde dann etwas nach unten gelegt. Geldbußen hagelt es dann, wenn ein Minuswachstum von bis zu 0,75 Prozent bereits als Rechtfertigung zu mehr Schuldenmachen dient. Beträgt die Rezession dagegen zwischen diesen 0,75 und 2 Prozent (auf das Jahr gerechnet), fällen EU-Kommission und Finanzministerrat ihre „politische“ Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit darüber, ob Sanktionen verhängt werden, oder ob außergewöhnliche Situationen vorliegen. Ab zwei Prozent Minuswachstum kann eine vorübergehende Höherschuldung wegen „außergewöhnlicher Umstände“ geltend gemacht werden. In der Praxis dürfte dies allerdings kaum vorkommen.

Mit dem Kompromiß wird auch den Wünschen Frankreichs und anderer Länder Rechnung getragen, die kein automatisches Diktat der künftigen Europäischen Zentralbank (EZB) hinnehmen wollen. Inwieweit damit die künftige Unabhängigkeit der EZB in Frankfurt tangiert wird, muß abgewartet werden. Der Kompromiß zwischen zwei „Währungskulturen“ scheint jedoch gelungen. Bestätigen kann dies allerdings allein die Praxis.

Die Dubliner Einigung ist auch unter der Hypothese zu bewerten, was geschehen wäre, wenn kein Kompromiß herbeigeführt und der Pakt auf das kommende Halbjahr verschoben worden wäre. Mit Sicherheit hätten die Börsen am Montag reagiert, und zwar in einer Weise, die kaum von Vertrauen in die meisten EU-Währungen beseelt gewesen wäre. Möglicherweise wäre die D-Mark dann noch stärker geworden, was wiederum nicht im Sinne der deutschen Exportindustrie gewesen wäre. Eine Perspektive, die die Bonner Kompromißbereitschaft wohl erhöht hat. Sandkastenspiele. Der Kompromiß wurde akzeptiert und jeder kann sich zu Hause als Sieger ausgeben.

Nach dem Erfolg des ersten Gipfeltages mußten die anderen Themen fast notwendigerweise verblassen. Dies gilt insbesondere für die Bestandsaufnahme zur Regierungskonferenz Maastricht II, die mehr Fragen offenließ, als sie beantworten konnte. Großbritanniens Premier John Major listete auf seinem vielleicht letzten Gipfel noch einmal britische Positionen auf: Ablehnung einer „Flexibilitätsklausel“ nach dem EWU- oder Schengener Modell, weil, der Mann sorgt sich, damit die Union auseinanderfallen könne. Keine Überführung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit in Gemeinschaftszuständigkeit, Ablehnung eines Beschäftigungskapitels in den Vertrag, keine Unterordnung der Westeuropäischen Union (WEU) unter die EU und vor allem keine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Der Schwanengesang des Premierministers Ihrer Majestät zeigte den Euro-Optimisten ihre derzeitigen Grenzen auf. Er läßt aber auch mehr denn je Überlegungen zu, ob ein Europa ohne Großbritannien ein besonders unglückliches sein würde.

Ob die Beteuerungen zu einer härteren, koordinierten Vorgehensweise gegen die organisierte Kriminalität mit Hilfe der Osteuropäer, mehr wert sind, als das Papier, auf denen sie geschrieben sind, bleibt abzuwarten. Zu einer Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Polizeibehörde Europol ist es noch weit. Schade,

denn gerade Themen wie Drogenhandel, Terrorismus, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern brennen den Bürgern auf den Nägeln.

Ein Dauerthema ist auch die hohe Arbeitslosigkeit. Hier hat sich die Europäische Union, wenn auch aus hehren Absichten, selbst in eine ausweglose Situation hineinmanövriert. Einerseits kommt sie nicht daran vorbei, auf jedem Gipfel das Thema Beschäftigung zu behandeln. Auf der anderen Seite bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in erster Linie die Aufgabe der Nationalstaaten. Mit wohlgemeinten Erklärungen der Staats- und Regierungschefs, die folgenlos bleiben, wird bei den Bürgern jedoch lediglich der Eindruck der Ohnmacht vermittelt.

Die, abgesehen vom Stabilitätspakt zur Währungsunion recht mageren Ergebnisse von Dublin II lassen indessen auch die Frage aufkommen, ob vier europäische Gipfeltreffen pro Jahr nicht des Guten zu viel sind. Die Scheibe der Europapolitik dreht sich nicht so schnell, als daß alle zwei bis drei Monate spektakuläre Ergebnisse zu erwarten sind. Künftige Präsidentschaften sollten das berücksichtigen.

GeWe